

Fraktions-Briefing

Aktuelle politische Lage

Die jüngsten Verhandlungsrunden zwischen den USA, Russland und der Ukraine führen uns einmal mehr vor Augen: Nur aus eigener Stärke können wir über unsere Sicherheit entscheiden. Nur ein geeintes Europa kann seine Interessen wahren und die Ukraine wirksam unterstützen. Die Ukraine hat einen gerechten und dauerhaften Frieden verdient. Bundeskanzler Merz setzt sich mit unseren europäischen Partnern mit Nachdruck dafür ein – wie sich kürzlich bei den deutsch-polnischen Regierungskonsultationen zeigte. Nur so können wir verhindern, dass die Ukraine ein Staat auf Abruf wird. Wir stehen als Unionsfraktion entschlossen hinter diesem Kurs.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Migrationswende geht weiter

Im Koalitionsvertrag ist vereinbart und jetzt umgesetzt: Künftig stuft die Bundesregierung sichere Herkunftsstaaten per Rechtsverordnung ein. Zur Beschleunigung des Rückführungsprozesses wird die Pflicht zur Bestellung eines anwaltlichen Vertreters bei Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam abgeschafft. Außerdem gilt: Wer im Einbürgerungsverfahren betrügt, etwa durch gefälschte Sprachzertifikate, erhält eine zehnjährige Einbürgerungssperre.

Schleusung auf dem Ärmelkanal: Schluss mit dem Geschäftsmodell

Längst überfällig und jetzt angepasst: Schleusungskriminalität auf dem Seeweg von DEU nach GBR wird, nach dem Austritt GBR aus der EU, wieder unter Strafe gestellt.

Rentenpaket I und klarer Rahmen zum Rentenpaket II

Mit dem Abschluss des Rentenpakets I gehen wir einen entschiedenen ersten Schritt, um die Altersvorsorge zu modernisieren und insgesamt auf breitere Füße zu stellen. Wir beschließen: die Aktivrente, die Abschaffung des sog. Vorbeschäftigungsverbots, die Mütterrente III, eine Stärkung der Betriebsrente und die sog. Haltelinie von 48 Prozent.

Darüber hinaus gibt es folgende Vereinbarungen in der Koalition:

- Eine **Rentenkommission mit einem umfangreichen Auftrag** wird im Dezember 2025 eingesetzt und ihre Vorschläge für Reformen in der Alterssicherung zum Ende des zweiten Quartals 2026 vorlegen – und damit deutlich früher als ursprünglich geplant.
- Bei der **personellen Besetzung** werden wir auch die Interessen der jungen Generation besonders berücksichtigen. Die Junge Gruppe kann dazu einen Vorschlag machen.
- Dieser Rentenkommission geben wir mit dem Beschluss aus dem Koalitionsausschuss einen klaren Rahmen. Diese wird noch im Dezember vom Bundeskabinett eingesetzt. Der Auftrag der Kommission wird genau so formuliert, wie es der Koalitionsausschuss am letzten Donnerstag beschlossen hat. Eine Beschlussfassung des Bundestages braucht es dazu nicht.
- Auf der Grundlage ihrer Ergebnisse wird ein **Rentenpaket II** für 2026 erarbeitet.

Zur **Stärkung der privaten Altersvorsorge** wird das Bundesfinanzministerium eine Reform der privaten Altersvorsorge sowie Eckpunkte zur Frühstartrente vorlegen. Die Koalition wird darüber hinaus u.a. mit den Dividenden eines Aktienpakets aus Beteiligungen des Bundes im Wert von 10 Mrd. Euro den Aufbau der privaten Altersversorgung der jungen Generation unterstützen. Die Details des Konzepts wird der Koalitionsausschuss am 10. Dezember 2025 beschließen.

Weitere Entlastungen für Bürger und Unternehmen

Mit dem Abschluss des **Steueränderungsgesetzes 2025** setzen wir in dieser Woche erneut zentrale Wahlversprechen zur weiteren Entlastung von Bürgern und Unternehmen ab dem 1. Januar 2026 um. Die Entfernungspauschale wird auf künftig 38 Cent ab dem ersten Kilometer für alle Steuerpflichtigen angehoben. Ebenfalls wird der Umsatzsteuersatz für Speisen in der Gastronomie von 19 auf 7 Prozent dauerhaft gesenkt. Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements erhöhen wir u. a. die Übungsleiterpauschale auf 3.300 Euro und die Ehrenamtspauschale auf 960 Euro.

Zur Stärkung von Verbrauchern und Automobilwirtschaft verlängern wir mit dem **Achten Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes** die Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge, die bis zum 31. Dezember 2030 erstmalig zugelassen werden. Die zehnjährige Steuerbefreiung wird jedoch begrenzt bis längstens 31. Dezember 2035, um einen Anreiz für die frühzeitige Anschaffung eines reinen Elektrofahrzeuges zu geben.

Deutschland verteidigungsfähiger machen

Wir verabschieden in 2./3. Lesung den modernen Wehrdienst: Männer werden künftig zur Musterung verpflichtet. Mit einem verbindlichen Aufwuchspfad mit halbjähriger Berichtspflicht an den Bundestag schaffen wir Verbindlichkeit beim personellen Aufwuchs der Bundeswehr. Damit setzen wir in diesen Zeiten als Koalition ein klares Signal: Wir wollen, dass Deutschland sich verteidigen kann, damit es sich nicht verteidigen muss.

Mit der 2./3. Lesung des Artikelgesetzes „Militärische Sicherheit“ stärken wir Schutz und Resilienz der Bundeswehr – gegen Spionage, Sabotage, Extremismus und Cyberangriffen – und beschleunigen Sicherheitsüberprüfungen und Sabotageschutz.

Wir stellen die Energiepolitik vom Kopf auf die Füße

Wir wollen, dass alle erneuerbare Energien zum Einsatz kommen können. Daher schaffen wir bessere Rahmenbedingungen für den Einsatz von Geothermie: Mit dem Abschluss des **Geothermiebeschleunigungsgesetzes** wollen wir den Ausbau klimafreundlicher Wärmeversorgung schneller, einfacher und unbürokratischer vorantreiben. Damit kann der Anteil der Geothermie an der Wärmeerzeugung weiter gesteigert werden. Denkbare Bergschadensfälle werden vollständig abgesichert. Zusammen mit dem Gesetz schaffen wir die Ptl-Quote für den Luftverkehr ab, eine nationale Zusatzbelastung, die das Fliegen teurer gemacht hätte. Zudem stellen wir klar, dass Batteriespeicher in einem räumlich-funktionalen Zusammenhang zu einer vorhandenen Erneuerbare-Energien-Anlage künftig im Außenbereich privilegiert werden.

Zudem schließen wir ein Gesetz ab, mit dem wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau der **Stromnetze sowie der Windenergie auf See** vereinfachen und beschleunigen.

Wir können Olympia

Der Deutsche Bundestag unterstützt ausdrücklich die Bemühungen des Deutschen Olympischen Sportbundes, eine Bewerbung zur Ausrichtung von Olympischen und Paralympische Sommerspiele voranzubringen und im internationalen Wettbewerb anzutreten.

Dazu haben wir einen Antrag eingebracht, der die vier tragfähigen Konzepte aus Nord-, Süd-, Ost- und Westdeutschland unterstützt und deutlich zeigt, dass es die Bereitschaft und notwendigen Voraussetzungen für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele gibt. Darüber hinaus konnten wir im parlamentarischen Verfahren zum Steueränderungsgesetz erreichen, dass Prämien für olympische und paralympische Medaillen künftig steuerfrei gestellt werden. Für alle, die für Deutschland Spitzenleistungen erbringen und unser Land international vertreten.

Kabinett

In der Sitzung des Kabinetts am 03.12.2025 hat die Bundesregierung als O-TOP den Gesetzentwurf zur Ratifizierung des UN-Hochseeschutzabkommens beschlossen.

Weitere Informationen zu den Beschlüssen des Bundeskabinetts finden Sie hier: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundestkanzleramt/kabinettssitzungen>

Zitate der Woche

Jens Spahn:

„Wir werden auch in der Rentenpolitik einen Unterschied machen. (...) Deutschland braucht eine stabile Koalition. Wir sind diese Koalition, (...) die nach langen Debatten auch zu den notwendigen Entscheidungen kommt und mit diesen Entscheidungen für Deutschland positiv einen Unterschied machen wird.“

„Steuererleichterungen für die Gastronomie, von der Eckkneipe im Kiez bis zur Systemgastronomie. Wir werden die Pendlerpauschale erhöhen ab dem ersten Kilometer für diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit fahren, die anpacken, das Land voranbringen & sie steuerlich damit deutlich entlasten. Wir werden Engagement für unser Land belohnen, das ehrenamtliche Engagement, indem wir die Übungsleiterpauschale erhöhen.“

Alexander Hoffmann:

„In Gießen sind linksextreme Verfassungsfeinde auf rechtsextreme Verfassungsfeinde getroffen. Für Alexander Hoffmann ist offensichtlich: „Die Ereignisse zeigen, dass die Lösungen für unser Land nicht bei den Rändern, sondern in der Mitte liegen.“